zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Gföhl

Ausgabe · Juli 2026 | 561162/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Schulausschuss bremst Antrag ab

Wir fordern mehr Unterstützung für Jugendliche im Schulalltag. Die Kosten dafür sind mit rund € 10.000,- absolut überschaubar.

Seite 6

Kastrationsprogramm für Katzen beschlossen

Wir haben gemeinsam mit der SPÖ einen Antrag zur Einführung eines lokalen Kastrationsprogramms für Streunerkatzen auf den Weg gebracht.

Seite 7

Die Medien und die Halbwahrheiten

Es ist erfreulich, wenn man in der Regionalzeitung vertreten ist. Vor allem bei so wichtigen Themen wie den Finanzen unserer kleinen Stadt.

Seite 8 und 9

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!



GR Martin Schildorfer
Obmann

Wir leben derzeit in unruhigen Zeiten. Ob auf der großen Weltbühne mit diversen Kriegen, Krisen und Umwälzungen, aber auch im Kleinen mit diversen Unsicherheiten, Krisen und Veränderungen. Eine der größten Unsicherheiten ist fast immer die finanzielle (Un-)Sicherheit. Das Geld wird weniger! Verursacht durch Teuerung, Fehlplanung und teilweise auch Verschwendung.

Leider ist auch Gföhl keine Ausnahme. Jahrelange Überschätzung der eigenen finanziellen Möglichkeiten haben einen riesigen Schuldenberg hinterlassen.

Über 13 Millionen Euro hoch!

Eine Konsolidierung konnte nur durch zusätzliche Mittel verhindert werden, die im Budget nicht eingeplant wurden. Aber anstatt diesen Schuss vor den Bug richtig zu deuten, stürzt sich unsere Gemeindeführung in die nächste Schuldenfalle: den Kindergartenzubau!

Im Idealfall wären wir natürlich für den Zubau und hatten deswegen ursprünglich auch zugestimmt. Zu diesem Zeitpunkt war uns aber das volle Ausmaß des Finanzdebakels nicht bekannt. Dadurch kann und wird es von uns auch keinerlei Zustimmung zum aktuell vorliegenden Plan des Zubaus geben!

Leider wurden in der Gemeinderatssitzung vom 26.5.2026 von ÖVP/SPÖ auch noch Luxusdetails, wie Holz-Alu-Fenster und eine sündteure Holzfassade, beschlossen!

Ein erkennbarer Sparwille schaut anders aus!

Wir, die Stadt- und Gemeinderäte der FPÖ Gföhl, kämpfen weiter für die Anliegen und die Geldbörsen unserer Mitbürger.



Wo ist die SPÖ Gföhl?

Was früher eine kritische Oppositionspartei in unserem Gemeinderat war, ist mittlerweile unter der Führung von Stadtrat Günter Steindl zu einem Anhängsel der ÖVP geworden.

Kaum ein Beschluss der ÖVP, der nicht durch Steindl automatisch mitgetragen wird.

Eigenständige Anträge?
Fehlanzeige!

Eigene Meinungen?
Nicht vorhanden!

Sozialdemokratische Politik?
Nicht auffindbar!

Selbst bei so unsozialen Maßnahmen wie der Ankündigung von diversen Erhöhungen im Zuge des Haushaltskonsolidierungskonzeptes wird ungefragt zugestimmt!

Es ist ja mittlerweile schon so weit, dass sich die ÖVP in den Diskussionen gar nicht mehr selbst verteidigen muss! Dies übernimmt SPÖ-Stadtrat Steindl liebend gerne und mit voller Leidenschaft!

Da passt es dazu, wenn ÖVP-Angehörige sagen: „Der Steindl ist unser bester Mann!“

Zum Dank für seine Dienste darf er dann auch auf ein paar Fotos drauf sein. Doch wie sieht seine sonstige Bilanz aus?

Als Stadtrat ist er unter anderem auch zuständig für das Freibad. Da ist die Bilanz nicht so besonders...
2022: Minus 65.000,- Euro
2023 Minus 82.400,- Euro
2024 Minus 85.500,- Euro
2025 Minus 102.400,- Euro

Die einzige Lösung, welche dann durch ÖVPSPÖ präsentiert wurde, war eine Gebührenerhöhung! Die Leihliegen, welche Die FPÖ schon seit Jahren fordert, gibt es noch immer nicht!

Aber auch bei anderen Bereichen werden Gebührenerhöhungen ohne Widerstand abgesegnet. Zuletzt geschehen in der Sitzung vom 23.06.2026 bei den Wassergebühren! Weitere Erhöhungen sind schon in Vorbereitung!

Die Bürgerinnen und Bürger werden dies sicher entsprechend honorieren!

Wahlkampfgetöse 2026:

Befinden wir uns schon im nächsten Wahlkampf?

Wo die Antwort eigentlich ein eindeutiges NEIN sein sollte, bemerkt man durch das Verhalten von schwarzen und roten Funktionären zumindest etwas anderes:

- Statt konstruktiver Zusammenarbeit wird auf Biegen und Brechen drübergefahren!
- Statt offener Kommunikation werden Informationen nicht weitergegeben oder verweigert!
- Statt offener Diskussion wird versucht, Meinungen und Argumente unsererseits abzutun oder ins Lächerliche zu ziehen!

Sieht so eine verantwortungsvolle Arbeit für unsere Gemeinde aus?

Wir sagen: NEIN!

Der finanzielle Untergang?

Nun wird er gestartet, der Zubau des Kindergartens. Was eigentlich kein großes Thema sein sollte, ist in unserer Stadtgemeinde das genaue Gegenteil.

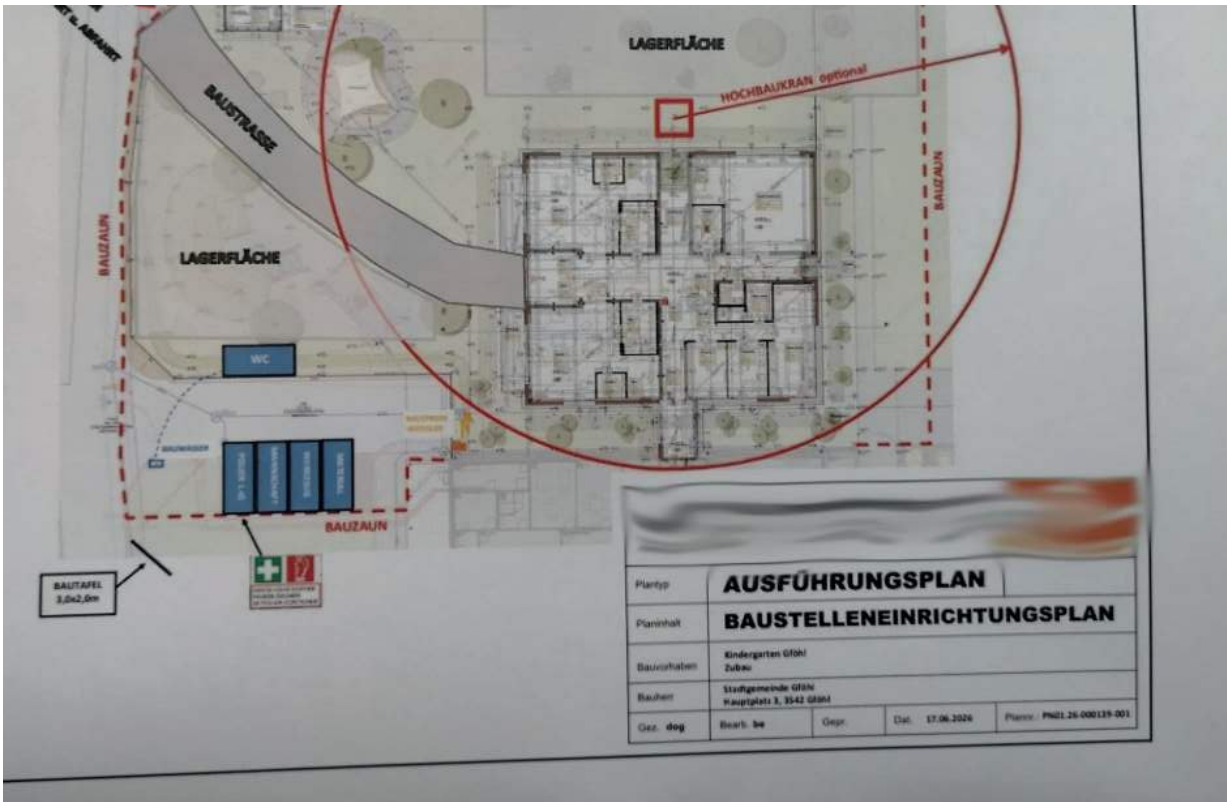
Doch von vorne... Das Land NÖ hat festgestellt, dass ein Bedarf für 2 weitere Gruppen bestehen würde. Keine Verpflichtung, kein Muss!

Wir waren natürlich auch dafür, dies steht ja außer Frage. Jedoch war uns zu diesem Zeitpunkt das Ausmaß des finanziellen Debakels nicht bekannt. Wir haben in einer Gesprächsrunde mehrere Vorschläge für einen möglichen Zubau eingebracht, kostensparsam, effizient und wirtschaftlich! Diese wurden jedoch mit der Aussage: „Das Ensemble des ÖVP - Vorschlages würde ihnen besser gefallen." abgetan.

Alles, was wir noch durchsetzen konnten, war die Umfahrungsstraße, da die Kindergartengasse in Zukunft aus 2 Sackgassen bestehen wird. Unser ÖVP-Bürgermeister Holzer meinte zwar wörtlich, diese sei nicht notwendig, da ja die Wilhelm-Kugler-Gasse und die Brunnkandlallee den Verkehr aufnehmen würden. Auf unser Argument hin, dass dies eine massive Mehrbelastung für die Anrainer darstellt, meinte er, damit müsse man leben, wenn man an einer Straße wohnt.

Doch zurück zum Zubau. Es wurde ja eine schöne Aussendung ausgetragen, wo unter anderem steht, dass der Zubau vorgeschrieben sei. Dies ist nicht richtig! Es wurde lediglich der Bedarf festgestellt!

Doch nun zu der ÖVP – Variante des Zubaus. Diese Variante ist die teuerste mögliche Version: Ein überdachter und natürlich beheizter Übergang über die Straße! Vorprogrammiertes Verkehrschaos durch 2 Sackgassen und eine Verlagerung des Verkehrs in die Anrainergassen! Statt Kunststofffenstern, lieber teure aus Holz und Alu! Einen Fußboden, der bisher schon viele Probleme verursacht hat! Und quasi als Verhöhnung statt

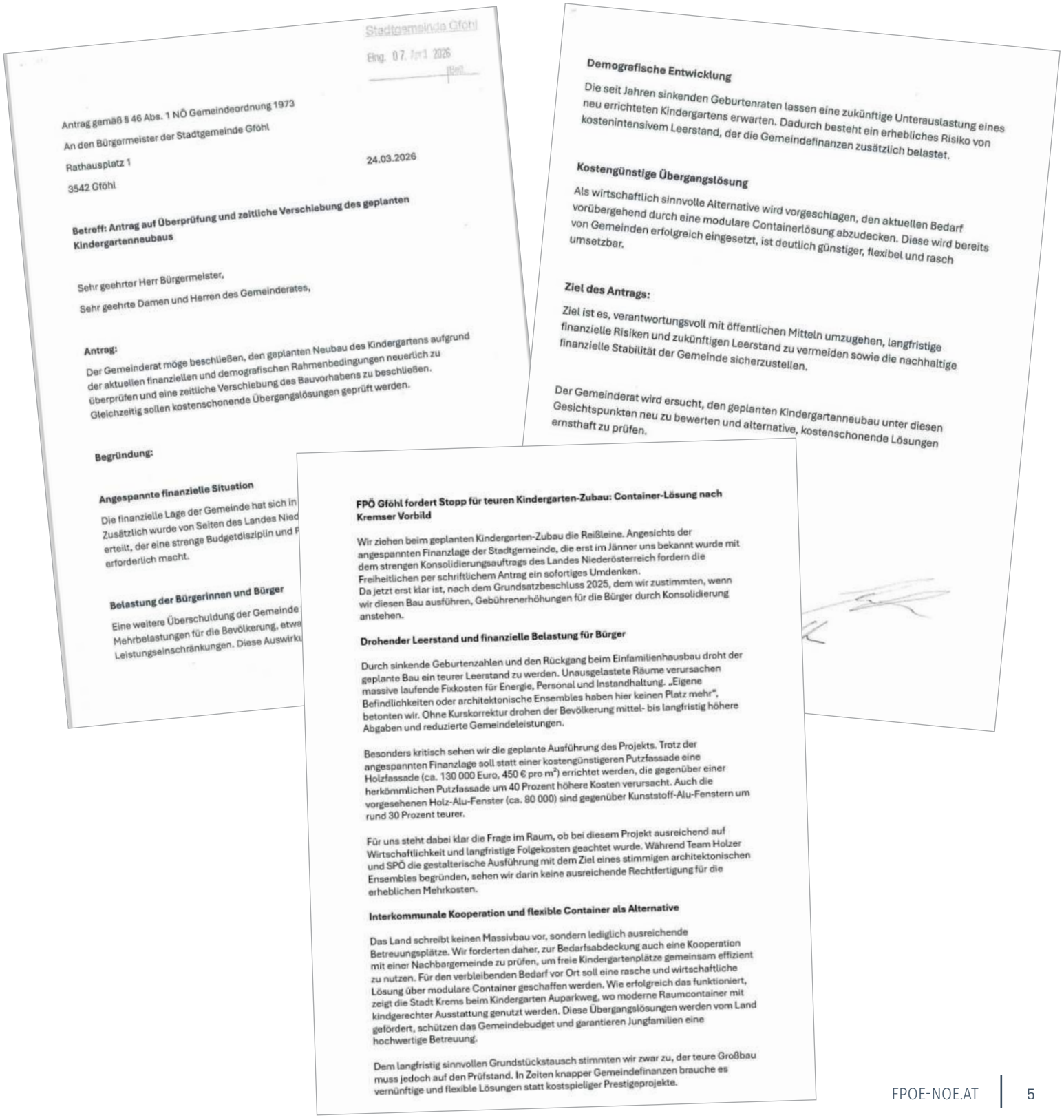


einer herkömmlichen Fassade, nun eine luxuriöse Holzfassade.

Weil es manchen Herrschaften besser gefällt! Da besteht die Befürchtung, dass der Kindergarten Gföhl zu einem Denkmal werden soll! Passt dann gut dazu, dass ÖVP-Angehörige sagen, wenn der Zubau nicht mehr für den Kiga benötigt wird, man ja eine Seniorenresidenz daraus machen könnte...

Doch das Schlimmste daran ist, eigentlich wissen alle Gemeinderäte, dass wir uns dieses Projekt nicht leisten können und nur wir von der FPÖ sagen es! Wer hat dann die Folgen und Kosten zu tragen? Alle Bürgerinnen und Bürger gemeinsam!

Mehr zur angespannten finanziellen Situation auf den weiteren Seiten!



Stadtgemeinde Gföhl
Eing. 07. Apr. 2026

Antrag gemäß § 46 Abs. 1 NÖ Gemeindeordnung 1973

An den Bürgermeister der Stadtgemeinde Gföhl

Rathausplatz 1

3542 Gföhl

24.03.2026

Betreff: Antrag auf Überprüfung und zeitliche Verschiebung des geplanten Kindergartenneubaus

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, den geplanten Neubau des Kindergartens aufgrund der aktuellen finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen neuerlich zu überprüfen und eine zeitliche Verschiebung des Bauvorhabens zu beschließen. Gleichzeitig sollen kostenschonende Übergangslösungen geprüft werden.

Begründung:

Angespannte finanzielle Situation

Die finanzielle Lage der Gemeinde hat sich in
Zusätzlich wurde von Seiten des Landes Nied
erteilt, der eine strenge Budgetdisziplin und F
erforderlich macht.

Belastung der Bürgerinnen und Bürger

Eine weitere Überschuldung der Gemeinde
Mehrbelastungen für die Bevölkerung, etwa
Leistungseinschränkungen. Diese Auswirku

Demografische Entwicklung

Die seit Jahren sinkenden Geburtenraten lassen eine zukünftige Unterauslastung eines neu errichteten Kindergartens erwarten. Dadurch besteht ein erhebliches Risiko von kostenintensivem Leerstand, der die Gemeindefinanzen zusätzlich belastet.

Kostengünstige Übergangslösung

Als wirtschaftlich sinnvolle Alternative wird vorgeschlagen, den aktuellen Bedarf vorübergehend durch eine modulare Containerlösung abzudecken. Diese wird bereits von Gemeinden erfolgreich eingesetzt, ist deutlich günstiger, flexibel und rasch umsetzbar.

Ziel des Antrags:

Ziel ist es, verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umzugehen, langfristige finanzielle Risiken und zukünftigen Leerstand zu vermeiden sowie die nachhaltige finanzielle Stabilität der Gemeinde sicherzustellen.

Der Gemeinderat wird ersucht, den geplanten Kindergartenneubau unter diesen Gesichtspunkten neu zu bewerten und alternative, kostenschonende Lösungen ernsthaft zu prüfen.

FPÖ Gföhl fordert Stopp für teuren Kindergarten-Zubau: Container-Lösung nach Kremser Vorbild

Wir ziehen beim geplanten Kindergarten-Zubau die Reißleine. Angesichts der angespannten Finanzlage der Stadtgemeinde, die erst im Jänner uns bekannt wurde mit dem strengen Konsolidierungsauftrags des Landes Niederösterreich fordern die Freiheitlichen per schriftlichem Antrag ein sofortiges Umdenken.
Da jetzt erst klar ist, nach dem Grundsatzbeschluss 2025, dem wir zustimmten, wenn wir diesen Bau ausführen, Gebührenerhöhungen für die Bürger durch Konsolidierung anstehen.

Drohender Leerstand und finanzielle Belastung für Bürger

Durch sinkende Geburtenzahlen und den Rückgang beim Einfamilienhausbau droht der geplante Bau ein teurer Leerstand zu werden. Unausgelastete Räume verursachen massive laufende Fixkosten für Energie, Personal und Instandhaltung. „Eigene Befindlichkeiten oder architektonische Ensembles haben hier keinen Platz mehr", betonten wir. Ohne Kurskorrektur drohen der Bevölkerung mittel- bis langfristig höhere Abgaben und reduzierte Gemeindeleistungen.

Besonders kritisch sehen wir die geplante Ausführung des Projekts. Trotz der angespannten Finanzlage soll statt einer kostengünstigeren Putzfassade eine Holzfassade (ca. 130 000 Euro, 450 € pro m²) errichtet werden, die gegenüber einer herkömmlichen Putzfassade um 40 Prozent höhere Kosten verursacht. Auch die vorgesehenen Holz-Alu-Fenster (ca. 80 000) sind gegenüber Kunststoff-Alu-Fenstern um rund 30 Prozent teurer.

Für uns steht dabei klar die Frage im Raum, ob bei diesem Projekt ausreichend auf Wirtschaftlichkeit und langfristige Folgekosten geachtet wurde. Während Team Holzer und SPÖ die gestalterische Ausführung mit dem Ziel eines stimmigen architektonischen Ensembles begründen, sehen wir darin keine ausreichende Rechtfertigung für die erheblichen Mehrkosten.

Interkommunale Kooperation und flexible Container als Alternative

Das Land schreibt keinen Massivbau vor, sondern lediglich ausreichende Betreuungsplätze. Wir forderten daher, zur Bedarfsabdeckung auch eine Kooperation mit einer Nachbargemeinde zu prüfen, um freie Kindergartenplätze gemeinsam effizient zu nutzen. Für den verbleibenden Bedarf vor Ort soll eine rasche und wirtschaftliche Lösung über modulare Container geschaffen werden. Wie erfolgreich das funktioniert, zeigt die Stadt Krems beim Kindergarten Auparkweg, wo moderne Raumcontainer mit kindgerechter Ausstattung genutzt werden. Diese Übergangslösungen werden vom Land gefördert, schützen das Gemeindebudget und garantieren Jungfamilien eine hochwertige Betreuung.

Dem langfristig sinnvollen Grundstückstausch stimmten wir zwar zu, der teure Großbau muss jedoch auf den Prüfstand. In Zeiten knapper Gemeindefinanzen brauche es vernünftige und flexible Lösungen statt kostspieliger Prestigeprojekte.

Wir, die FPÖ Gföhl, fordern Ausweitung der Schulsozialarbeit: Schulausschuss bremst Antrag ab



Wir fordert mehr Unterstützung für Jugendliche im Schulalltag.

Im Schulausschuss beantragte FPÖ-Gemeinderätin Julia Sandler einen Grundsatzbeschluss, um die Stunden der Schulsozialarbeit bei Bedarf sofort erhöhen zu können. Die Kosten dafür sind absolut überschaubar – sie liegen zum Beispiel weit unter den jährlichen Ausgaben für Reinigungsmittel in der Mittelschule von rund 10.000 Euro.

Die Ausschussführung lehnte das freiheitliche Sicherheitsnetz jedoch ab. Sie verwies auf das aktuelle Kontingent von 4,5 Wochenstunden. Der Schulleiter sieht ebenfalls keinen Bedarf für eine Aufstockung. Er berichtete, dass die bisherige, sehr beliebte Kraft die Schule verlassen hat. Die neue Betreuungsperson ist noch sehr jung und muss das Vertrauen der Kinder erst gewinnen.

Für uns steht fest: Beim Schutz unserer Kinder darf nicht gespart werden. Die Freiheitlichen bleiben dran.

Wir fordern: Heizkosten senken durch stärkere Dachbodendämmung an der Mittelschule

Wir setzen uns für spürbare Kosteneinsparungen an der Mittelschule ein. Angesichts von Heizkosten von rund 58.000 Euro im Jahr fordert FPÖ-Gemeinderätin Julia Sandler eine rasche Erhöhung der Geschoßdeckendämmung. Diese beträgt derzeit magere 10 Zentimeter. Eine Aufstockung ist dringend erforderlich, um die Budgetkasse nachhaltig zu entlasten.

Hohes Einsparungspotenzial bei geringem Aufwand

Der finanzielle Aufwand für eine stärkere Dachbodendämmung ist minimal. Laut Berechnungen würde sich diese Investition durch die Heizkostenersparnis bereits in drei Jahren rechnen. „Jeder Cent, den wir hier nicht beim Fenster hinausheizen, bleibt der Mittelschulgemeinde erhalten“, betonen wir.

Ausschuss vertagt das Thema auf die lange Bank

Die Ausschussführung Ludmilla Etzenbergers bremst die rasche Sparmaßnahme jedoch aus. Mit Verweis auf das sanierungsbedürftige Turnsaaldach, das jahrelang immer wieder geflickt worden ist, und jahrelang hohe Kosten verursachte, dadurch soll die Dämmung erst im kommenden Jahr geprüft und eventuell für 2028 eingeplant werden. Auch externe Fachleute, auf Antrag von uns, die die Kostenschätzung und die Akklimatisierung einschätzen sollen, lehnten das Gremium ab. Für uns steht fest: Angesichts der enormen Energiekosten ist ein Zuwarten bis 2028 reine Geldverschwendung.

Die Freiheitlichen bleiben dran.

FPÖ-Denkanstoß erfolgreich:

Kastrationsprogramm für Streunerkatzen in Gföhl beschlossen



Wir haben gemeinsam mit der SPÖ einen wichtigen Antrag zur Einführung eines lokalen Kastrationsprogramms für Streunerkatzen auf den Weg gebracht. Die Freiheitlichen nutzten dabei das Drittel-Minderheitenrecht des Gemeinderates, um den Antrag ohne den Umweg über den Stadtrat direkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Team Holzer bremst bei Budget und Mitsprache

Der ursprüngliche Vorstoß sah ein jährliches Budget von 800 Euro vor. Per ÖVP-Dringlichkeitsantrag wurde diese Summe in der Sitzung jedoch auf 400 Euro halbiert. Zudem drängte die Volkspartei auf eine fragwürdige Klausel: Ob es sich im Einzelfall um eine zu kastrierende Streunerkatze handelt, soll künftig der jeweilige Ortsvorsteher oder der Jagdausübungsberechtigte entscheiden.

FPÖ Gföhl warnt vor Kompetenzüberschreitung

Wir stimmten den reduzierten 400 Euro im Sinne des Tierschutzes letztlich zu, üben aber scharfe Kritik an der ÖVP-Klausel. Für die Freiheitlichen ist klar: Ortsvorsteher und Jagdausübungsberechtigte haben laut Tierschutzgesetz keine Entscheidungsbefugnis über das Kastrationsprogramm für Streunerkatzen. Dadurch stellten wir einen Abänderungsantrag, der abgelehnt wurde. Daher konnten wir nicht in der Gesamtheit zustimmen. Die FPÖ wird die Praxis in Gföhl genau beobachten.

Mandatswechsel im Volksschulausschuss



Durch das Ausscheiden von Daniela Gföhler und Andrea Deneka aus dem Volksschulausschuss wurde eine doppelte Nachnominierung notwendig.

In der Gemeinderatssitzung vom 23.6.2026 wurden die beiden von uns vorgeschlagenen Nachfolgerinnen, Nathalie Grabner aus Gföhl und Sandra Schildorfer aus Rastbach, bei einer geheimen Wahl durch die anwesenden Gemeinderäte fast einstimmig gewählt.

Beide neuen Ausschussmitglieder freuen sich auf die kommende Aufgabe und werden das Wohl der Kinder immer an erster Stelle setzen.

Die Medien und die Halbwahrheiten



Es ist erfreulich, wenn man in der Regionalzeitung vertreten ist. Vor allem bei so wichtigen Themen wie den Finanzen unserer kleinen Stadt.

Ärgerlich ist es aber, wenn die Reaktion einer Regionalzeitung zwar die gesamten Stellungnahmen von uns zur Gemeinderatssitzung am 24.3.2026 besitzt, diese aber nur teilweise verwendet, um die gesamte Sitzung und unsere Bemühungen und Beweggründe in einen ganz anderen Kontext zu setzen.

1. Thema Rechnungsabschluss
Ja, zu den meisten Vorhaben haben wir zugestimmt, da diese absolut notwendig sind, wie Straßenbau, Wasserversorgung und Kanalbau. Wir haben nach zähem Ringen auch dem Zubau des Kindergartens unsere Zustimmung gegeben. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir aber auch noch keine Informationen über den miserablen Zustand der Gemeindefinanzen vorliegen.

2. Thema EscapeHouse
Leider mussten wir dieses Thema wieder aufgreifen, da es einfach nicht sein kann, dass so ein kleines Gebäude (geschätzt 60m2) mehr Heizkosten verursacht als ein Mehrfamilienhaus! Die verursachten Kosten waren nur im 4. Quartal rund Euro 800,-! Das wirklich Ärgerliche daran ist ja die Tatsache, dass der Betreiber diese Kosten nicht selber tragen muss, sondern an die Kleinregion Kampseen weiterverrechnet werden. Da Gföhl anteilsmäßig die Kosten der Kleinregion zu tragen hat, trifft es wieder uns, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger.

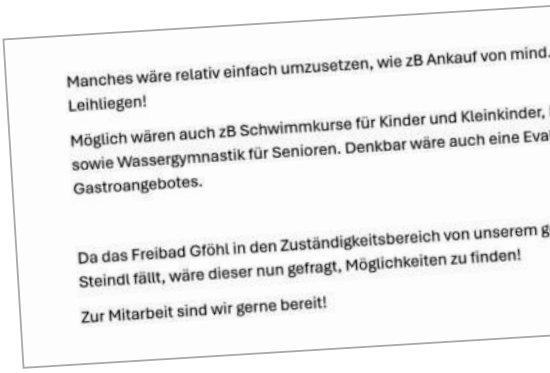
3. Thema Kindergartenzubau
Die ÖVP mit Unterstützung der SPÖ möchte auf Biegen und Brechen ihre Version des Zubaus durchsetzen. Wir haben nach zähem Ringen und der Zusage zu einer Umfahrungsstraße, um die darunterliegenden Gassen zu entlasten, zugestimmt.

Völlig unerwähnt blieb in diesem Zusammenhang aber, dass wir 4 mögliche Alternativen, welche wesentlich günstiger wären, der ÖVP präsentiert haben.

Diese wurden mit der Begründung abgelehnt, dass das Ensemble des ÖVP-Vorschlages besser gefallen würde. Dies nennt man sorgsamen Umgang mit den Gemeindefinanzen. Zusätzliches Problem ist, dass, sollte ein weiterer Zubau nötig werden, man den beheizten und überdachten Übergang wieder wegreißen müsste, da ein Kindergarten in NÖ nicht mehr als 8 Gruppen haben dürfte!

4. Thema Freibad
Kein Thema war unsere Stellungnahme zum Sparkassenerlebnisbad. Wir wehren uns nicht nur gegen eine Gebührenerhöhung auf das Niveau des Freibades in Gars, da Gars wesentlich größer und besser ausgestattet ist. Wir wehren uns auch gegen den Rechnungsabschluss das Freibad betreffend. Die Einnahmen sind massiv gesunken, und niemand scheint das zu interessieren. Zusätzlich wurden Personalkosten in Höhe von über 50.000 Euro verrechnet! Dies wären beinahe 2 Vollzeitstellen! Wie kann das sein?

Unsere Stellungnahmen blieben unbeantwortet, unsere Fragen blieben offen! Und durch den Artikel in der Regionalzeitung schaut es ja gar nicht so schlimm aus oder?


Manches wäre relativ einfach umzusetzen, wie zB Ankauf von mind.
Leihliegen!

Möglich wären auch zB Schwimmkurse für Kinder und Kleinkinder,
sowie Wassergymnastik für Senioren. Denkbar wäre auch eine Eva
Gastroangebotes.

Da das Freibad Gföhl in den Zuständigkeitsbereich von unserem g
Steindl fällt, wäre dieser nun gefragt, Möglichkeiten zu finden!

Zur Mitarbeit sind wir gerne bereit!

Stellungnahme der FPÖ Gföhl zum Rechnungsabschluss 2025

Nun liegt er zum Beschluss bereit, der Rechnungsabschluss 2025!

Ein äußerst umfangreiches Werk und hier an dieser Stelle unser Dank für die umfangreiche und umsichtige Arbeit unserer Kassenverwalterin Brigitte Heinzl-Huber und ihrem Team!

Dank Ihrer guten Arbeit schauen die Gemeindefinanzen nicht ganz so düster aus, wie ursprünglich befürchtet.

Statt des erwarteten, negativen Ergebnisses von knapp – 700.000, - Euro, ist es nun ein negatives Ergebnis von – 384.524,16 Euro.

Zu hinterfragen sind die Gründe dafür aber dennoch...

Deutlichen Mehreinnahmen in Höhe von 1.122.324,81 Euro stehen Mehrausgaben in Höhe von 200.888,93 Euro gegenüber, was einer positiven Differenz von 921.435,88 Euro entspricht.

Ausschlaggebend für diese Mehreinnahmen waren hauptsächlich Unterstützungen, Förderungen und Steuern sowie deutliche Mehreinnahmen durch Abgaben für Wasser, Kanal und Aufschließungen.

Beim Schuldenstand liegen wir nun bei äußerst bedenklichen 13 Millionen 829 Tausend 600 Euro! Das ist ein Zuwachs von 1 Million 733 Tausend 600 Euro!

Seit 2023 ein Zuwachs von über 3 Millionen Euro!

Seit 2014 mehr als eine Verdopplung!

Dies bedeutet eine pro Kopf Verschuldung von 3.630, - Euro vom Neugeborenen bis zu unseren ältesten Mitbürgern!

Natürlich liegt ein Großteil der Verantwortung dafür an den notwendigen Investitionen in Wasser und Kanal. Versäumnisse in der Vergangenheit sorgten für den Stau von diesen umzusetzenden Projekten, welche leider mit Mehrinvestitionen in kurzer Zeit, als für die Gemeinde leistbar, abgearbeitet wurden.

Doch dies ist nur ein Teil des ganzen Dilemmas.

Zusätzlich ist es scheinbar nicht möglich, weder das Startwohnhaus noch das Seniorenwohnhaus noch den Stadtsaal noch das Freibad annähernd zumindest kostenneutral zu führen!

Laut Rechnungsabschluss verzeichnen:

1. Startwohnhaus ein Minus von 24.000, - Euro
2. Seniorenwohnhaus ein Minus von 31.000, - Euro
3. Stadtsaal ein Minus von 18.000, - Euro
4. Freibad ein Minus von 102.000, - Euro

Das alleine ist eine Gesamtsumme von 175.000, - Euro, auf 5 Jahre gerechnet 875.000, - Euro!

Gute verantwortungsvolle Arbeit sieht anders aus.

Jahrelange Warnungen unsererseits wurden ignoriert, vorgeschlagene, sinnvolle Maßnahmen wurden überhört und jetzt stehen wir vor einem übergroßen Schuldenberg.

Statt sich nur zu freuen, dass die Konsolidierung gerade noch verhindert werden konnte, sollte spätestens jetzt der Zeitpunkt gekommen sein, den bisherigen Umgang mit dem Steuergeld zu hinterfragen.

Wir sind den Bürgern den verantwortungsvollen Umgang mit ihrem Steuergeld schuldig!

ABGELEHNT & IGNORIERT

Stellungnahme der FPÖ Gföhl zum Sparkassen Erlebnisbad Gföhl

Nun soll es also zu einer Neufestsetzung, sprich Erhöhung der Badegebühren kommen.

Bei stark rückläufigen Einnahmen, ca 1/3 weniger, die Eintrittspreise zu erhöhen, geht eindeutig in die falsche Richtung! Ein weiterer Besucherrückgang ist zu erwarten!

Zu hinterfragen wären natürlich auch die Ursachen?

Ein gemeindeeigenes Freibad ist meist nur mit Verlusten zu führen. Wenn dann auch noch die Besucherzahlen rückläufig sind, ist meist nicht nur das Wetter dafür verantwortlich.

Da stellt sich nun auch die Frage nach den Kosten und an dieser Stelle im Speziellen nach den Personalkosten, welche laut RA 2025 fast 60.000, - Euro ausmachten!

Im Jahr 2023 waren es laut RA 2023 noch knapp 40.000, -, 1/3 weniger.

Es war uns bislang unbekannt, dass unser Erlebnisbad scheinbar über 1 – 2 Vollzeitbeschäftigte verfügt! Bitte um Aufklärung!

Ein Vergleich mit den Gebühren der Bäder in Gars und Mühldorf ist unseres Erachtens nicht zulässig, da beide Bäder deutlich besser ausgestattet sind!

1. Im Speziellen das Erlebnisbad Gars mit Sportbecken, Erlebnisbecken, Kinderbecken, 3m Sprungturm, große Rutsche, Strömungskanal, 1m Sprungbrett, Startblöcke und Babyplanschbecken.

2. Auch das Freibad in Mühldorf ist besser ausgestattet.

Hier fehlt eindeutig die Rechtfertigung!

Ohne eine Attraktivierung des Erlebnisbades Gföhl vorzunehmen, fehlt eindeutig Rechtfertigung einer Erhöhung der Badegebühren.

Unsere Forderung war und ist eine Attraktivierung unseres Erlebnisbades!

25 - 30 Stk.

Kindernachmittage

luierung des

eschätzten Stadtrat

Stellungnahme der FPÖ Gföhl zum Bericht des Prüfungsausschusses

Wie von uns vorhergesehen, stellt sich nun die Vereinbarung mit dem Betreiber des Escape Rooms Gföhl, Herrn Blauensteiner aus Traismauer, als Fehler heraus!

Nachdem, trotz unserer Einwände und Befürchtungen, die kostenlose Leihe und auch der Verzicht auf Betriebskosten beschlossen wurde, stellt sich nun heraus, dass das Objekt Jaidhofer Gasse 4 massive Heizkosten verursacht!

Wie bei der Belegprüfung durch den Prüfungsausschuss festgestellt wurde, fielen allein für das 4. Quartal Heizkosten in Höhe von 800,- Euro für das Objekt an, wobei der Anteil des öffentlichen WC nur einen sehr geringen Anteil der Summe ausmacht.

Die Stromkosten sind dabei aber noch gar nicht berücksichtigt!

Zum Vergleich der Heizkosten:

Euro 800,- /Quartal ca. 80m2 beheizte Fläche mit Fernwärme

Mein Einfamilienhaus in Rastbach

Euro 450,- /Quartal ca. 250m2 beheizte Fläche mit Erdwärme

Ein wärmetechnischer und kostentechnischer Wahnsinn!

Auch das Argument, dass die Betriebskosten ja der Region Kampseen Gföhlerwald weiterverrechnet werden, kann hier nicht zugelassen werden, da unsere Stadt ja anteilsmäßig wieder den größten Teil zur Region zu leisten hat und somit wieder von unserer Stadt zu tragen ist und somit vom Steuerzahler!

Um weiteren Schaden vom Gemeindebudget und somit von unseren Bürgerinnen und Bürgern abzuhalten, fordern wir dringend eine Abänderung der Vereinbarung mit Herrn Blauensteiner zum Zweck der Verhinderung weiterer vermeidbarer und unverhältnismäßig hoher Kosten.

Ein entsprechender Antrag der Fraktion der FPÖ Gföhl ist in Vorbereitung!

Integration ist Pflicht, keine Option:

Neuer Integrationskodex durch freiheitliche Regierungsbeteiligung möglich



Martin Antauer
Landesrat

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen, wenn Menschen zu uns kommen, die unsere Sprache nicht sprechen, unsere Werte nicht teilen und unsere Lebensweise ablehnen.

Viele dieser Zuwanderer wurden von der Bundesregierung in unser Land gelassen. Die Folgen spüren unsere Gemeinden, unsere Schulen, unsere Betriebe und unsere Bevölkerung.

Genau deshalb sagen wir in Niederösterreich klar: Wenn Menschen durch die falsche und verantwortungslose Migrationspolitik der Bundesregierung hierbleiben dürfen, dann müssen ausnahmslos alle ihren Beitrag leisten.

Dafür haben wir den neuen Integrationskodex geschaffen. Er stellt unmissverständlich klar: Integration ist Pflicht, keine Option. Wer in Niederösterreich leben will, muss Deutsch lernen, unsere Gesetze achten, unsere Werte respektieren und für sich selbst Verantwortung übernehmen.

Es darf nicht sein, dass der Staat zahlt, die Bevölkerung die Folgen trägt und manche glauben, sie müssten sich nicht anpassen. Seit die FPÖ in Niederösterreich mitregiert, werden die Dinge anders. Wir schauen nicht weg. Wir reden Probleme nicht schön. Wir setzen dort an, wo das Zusammenleben tatsächlich entscheidet: bei Sprache, Arbeit, Schule, Wohnen, Sicherheit und Respekt vor unserer Rechtsordnung.

Deutsch ist der Schlüssel. Wer unsere Sprache nicht spricht, kommt in der Schule nicht mit, findet schwer Arbeit und bleibt oft in Parallelgesellschaften hängen. Deshalb braucht es klare Deutschpflichten im Alltag, in Bildungseinrichtungen und im Kontakt mit Behörden.

Auch beim Arbeiten braucht es klare Regeln. Unser Sozialsystem ist für echte Notlagen da. Es darf aber kein dauerhaftes Lebensmodell sein. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer Hilfe bekommt, muss mitwirken.

Ebenso gilt: In Niederösterreich stehen unsere Gesetze über religiösen Sonderregeln, Ehrvorstellungen oder Traditionen, die nicht zu unserer Lebensweise passen. Gleichberechtigung, Rechtsstaat, Sicherheit und Respekt sind nicht verhandelbar.

Wer sich integriert, Deutsch lernt, arbeitet und unsere Regeln achtet, kann Teil unserer Gemeinschaft sein. Wer das verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, konsequente Abschiebungen endlich in die Tat umzusetzen. Denn wer unsere Regeln missachtet, unsere Werte ablehnt oder straffällig wird, darf nicht in unserem Land bleiben.

Das ist der neue Kurs in Niederösterreich: weniger Schönreden, mehr Klarheit. Weniger falsche Toleranz, mehr Ordnung. Und vor allem mehr Fairness gegenüber allen, die sich an die Spielregeln halten.

Euer Sicherheitslandesrat
Martin Antauer

Doppelter Mandatswechsel im Gemeinderat

Aufgrund privater Umstände kam es in unserer Fraktion zu 2 Mandatswechsel.

Der erste war durch GR Daniela Gföhler, welche trotz ihres großen Interesses an der Gemeindepolitik, ihr Mandat zurücklegte, da die Erfüllung dessen aus Zeitmangel nicht mehr möglich war. Außerhalb der Gremien bleibt sie uns natürlich erhalten.

Ihr Nachfolger im Gemeinderat ist nun Andreas Hofer aus Gföhl, welcher sich sehr auf die neuen Aufgaben freut.

Der zweite Wechsel erfolgte durch GR Andrea Deneka. Ihr Zurücklegen des Mandates erfolgte auch durch private Umstände. Die Liebe führt unsere geschätzte Freundin und Mitstreiterin nach Kärnten. Wir wünschen ihr auch auf diesem Weg alles Gute!

Ihr Nachfolger im Gemeinderat wird nun Johann Lorentz Gudenus aus Felling.

Er wird mit seiner Lebenserfahrung uns sicher entsprechend bereichern.



Andreas Hofer



Johann Lorentz Gudenus

FPÖ wirkt...



Durch GR Schildorfer samt Familie konnte am 10. Mai eine Spende in Höhe von Euro 500,- in Form von Gutscheinen an eine bedürftige Familie in unserer Gemeinde übergeben werden. Das Geld stammt aus Veranstaltungen sowie von den freiheitlichen Gemeinderatsmitgliedern in Gföhl. Zusätzlich konnte auch eine große Spielzeugspende übergeben werden.




FPÖ
Initiative
Faire Pensionen
Österreich
PENSIONISTEN
Volksbegehren
UNTERSCHREIB' AUCH
DU NOCH HEUTE
PENSIONISTENVOLKSBEGEHREN.AT


FPÖ
ORTSGRUPPE GFÖHL
HIER IST
PLATZ FÜR
DICH!
Gemeinsam für Gföhl!
JETZT MITGLIED WERDEN!
Ihr Ansprechpartner zur Mitgliedschaft:
GR MARTIN SCHILDORFER
0664 31 19 473
m.schildorfer1978@gmail.com